Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 4. November 2010
Ausgabe 211

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› OB Ude und Sozialreferentin Meier zum Integrationsgipfel: „In der Praxis wird Integration immer öfter verweigert“ 3
› Der 9. November – Gedenken an die Münchner Opfer der Schoa 5
› Ausstellung „9. November 2010 – wir vergessen nicht uns zu erinnern“ in der Artothek 7
› Zukunftsreihe: Mit dem Tourismus geht es aufwärts 8
› Zukunftsreihe: München forscht – mit Erfolg 10
› Endspurt für den Isar-Plan 11
› Ausländerbeiratswahl: Eintragung ins Wählerverzeichnis noch bis 12. November möglich 12
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Perlach 13
› Landeshauptstadt fördert innovative regenerative Energietechniken 14
› Geänderte Öffnungszeiten im Amt für Ausbildungsförderung 15
› Bußgeldstelle im Referat für Bildung und Sport zieht um 16
› Winterdienstbilanz für Mittwoch, 3. November 16
Referat für Arbeit und Wirtschaft in eigener Sache **17**
› Barrierefreiheit des Oktoberfestes 17
Antworten auf Stadtratsanfragen **18**
› Bürgerarbeit – jetzt auch in München? 18

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **22**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 5. November, 9.45 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum 1. Deutschen Privatinsolvenzrechtstag. Veranstalter ist der Verein für Privatinsolvenzrecht in Kooperation mit der Stadt München im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung in München".

Dienstag, 9. November, 18 Uhr,
Saal des Alten Rathauses, Durchgang zum Tal
Oberbürgermeister Christian Ude und Dr. h. c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, sprechen zur Gedenkstunde aus Anlass des 72. Jahrestages der Reichspogromnacht. Im Anschluss halten Polizeipräsident Professor Dr. Wilhelm Schmidbauer und die Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums Dr. Irmtrud Wojak Vorträge über die Pogromnacht 1938 in München. Das Quartett des Orchesters Jakobsplatz spielt Werke von Viktor Ullmann (1898 - 1944).
(Siehe auch unter Meldungen)

Montag, 8. November, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl übergibt den Erasmus-Grasser-Preis 2010. Die Landeshauptstadt München vergibt diese Auszeichnung bereits zum 18. Mal an das Münchner Handwerk. Der Preis hebt die Bedeutung des Handwerks für die Ausbildung junger Menschen hervor. Er ist mit 2.500 Euro dotiert und kann auf bis zu fünf Preisträgerinnen und Preisträger aufgeteilt werden.

Montag, 8. November, 18 Uhr, Artothek, Bildersaal, Rosental 16
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht zur Eröffnung der Ausstellung „9. November 2010 – wir vergessen nicht uns zu erinnern" von Georg Soanca-Pollak. Des Weiteren spricht die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Dr. h.c. Charlotte Knobloch. Professor Dr. Michael Brenner, Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität, hält eine Einführung „Von der Kristallnacht zum November-

pogrom: Der Wandel des Gedenkens an den 9. November 1938". Anschließend führt die Galeristin Blanca Bernheimer ein Gespräch mit dem Gestalter der Installation Georg Soanca-Pollak.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 11. November, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt), Bezirksteile Ludwigsvorstadt und Schlachthofviertel.
Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy.

Meldungen

OB Ude und Sozialreferentin Meier zum Integrationsgipfel:
„In der Praxis wird Integration immer öfter verweigert"
(4.11.2010) Während die schwarz-gelbe Bundesregierung mit ihrem Integrationsgipfel den Anschein erwecken möchte, sie würde tatkräftig die Integration von Migrantinnen und Migranten vorantreiben, betreibt sie gleichzeitig eine soziale Kürzungspolitik, mit der sie der Integration vieler ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und vieler Menschen mit Migrationshintergrund entgegenwirkt. In einer gemeinsamen Stellungnahme weisen Oberbürgermeister Christian Ude und Sozialreferentin Brigitte Meier „auf einen erschreckenden Widerspruch zwischen schönen Floskeln und konträren Haushaltsentscheidungen" hin. Oberbürgermeister Christian Ude: „Statt die Verursacher der Krise zur Kasse zu bitten,

- reduziert die Bundesregierung die Mittel für Qualifizierungen von Arbeitslosen und für die Integration in den Arbeitsmarkt. In München bedeutet das 2011 eine Senkung von über 15 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.
- Außerdem stattet sie die Hartz IV-Empfänger mit unzureichenden Regelsätzen aus, streicht ihnen das Elterngeld und baut einen riesigen Verwaltungsaufwand für die Bildungsteilhabe von Kindern auf.
- Schließlich sorgt sie für Mehrbelastungen im Gesundheitsbereich durch den Einstieg in die Kopfpauschale – während sie den Beitrag für die Arbeitgeber einfriert.

Statt dessen sollte die Bundesregierung endlich flächendeckend einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, damit die Menschen von ihrer Arbeit leben können."

Nicht bei den Integrationskursen sparen!

Sozialreferentin Brigitte Meier: „Ein Schlüssel zur Integration – insbesondere zur Integration in den Arbeitsmarkt – und eine Kernforderung an Zuwanderinnen und Zuwanderer ist der Erwerb der deutschen Sprache. Das 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz vollzog den längst fälligen Wandel in der Integrationspolitik, in dem es unter anderem einem großen Teil der neu Zuwandernden einen Rechtsanspruch auf einen Sprach- und Orientierungskurs garantierte und bestimmte Personen zur Teilnahme verpflichtete. Diese Kurse waren von Anfang an ein Erfolg. Die Menschen wollen die Sprache lernen, sie wollen sich in der Gesellschaft orientieren können. Nicht nur die Neuzuwandernden nutzen ihn, sondern zu über 60 Prozent Menschen, die schon seit vielen Jahren in der Bundesrepublik leben, knapp 70 Prozent der Teilnehmenden sind Frauen. Statt dieses große Interesse im Sinne der Integration zu fördern, kürzt die Bundesregierung. Einsparungen sollen erzielt werden durch:

- eine zeitliche Verzögerung des Kursantritts (erst drei Monate nach der Zulassung zu einem Integrationskurs darf eine Vermittlung in den Kurs erfolgen)
- durch Einsparungen bei den Fahrtkostenerstattungen (Erstattung der Fahrtkosten erst bei einem Weg von mindestens drei Kilometern zum Kursort)
- und durch Erhöhung der TeilnehmerInnenzahl bei den Alphabetisierungskursen (von acht bis zwölf auf zehn bis 14 Personen)."

Qualifikationen anerkennen, vorhandenes Potenzial erschließen!

Weiterhin betont die Leiterin des Münchner Sozialreferates: „Eine hohe Zahl von Zuwanderinnen und Zuwanderern verfügt über Qualifikationen, die bisher nicht anerkannt wurden. Das geplante Anerkennungsgesetz, das einen Anspruch auf Prüfung der im Ausland erworbenen Abschlüsse

vorsieht, ist daher sehr zu begrüßen. Darüber hinaus müssen auch Wege gefunden werden, vorhandene Qualifikationen den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes anzugleichen (einzelne Module zusätzlich erwerben, Nach- und Anpassungsqualifizierungen anbieten, Verknüpfung von sprachlicher und beruflicher Qualifizierung). Auch hier wirken sich Einsparungen bei den Integrationskursen wie bei den Mitteln für arbeitsmarktpolitische Instrumente im Bereich des SGB II äußerst negativ aus."

Vorbereitung auf die Freizügigkeit für Menschen aus EU-Beitrittsländern!

Mit Nachdruck weist Brigitte Meier auf Probleme hin, die durch die Freizügigkeit in der Europäischen Union in den kommenden Jahren noch verstärkt werden dürften: „Nach Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkungen für Bürgerinnen und Bürger der EU-Beitrittsstaaten (2013 fällt die letzte Beschränkung für Rumänien und Bulgarien) ist mit dem Zuzug einer nicht unerheblicher Zahl an Menschen aus ethnischen Minderheiten, die in ihren Herkunftsländern Ausgrenzung erfahren, zu rechnen. Zum Teil ist jetzt schon eine entsprechende Wanderungsbewegung in die Bundesrepublik zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass die wenigsten von ihnen Qualifikationen mitbringen, die es ihnen ermöglichen, sich schnell in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren. Bund, Länder und Kommunen müssen eine gemeinsame Position entwickeln, wie mit den Herausforderungen umzugehen ist. Einzelne Städte suchen Einzellösungen auf Verwaltungsebene. Es muss jedoch auf politischer Ebene gemeinsam gelöst werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Thema im Rahmen der Europäischen Union anzugehen. Zum Beispiel ist darauf hinzuwirken, dass gezielt Programme in den Heimatländern entwickelt und gefördert werden, die den Menschen dort eine Lebensperspektive ermöglichen."

Der 9. November – Gedenken an die Münchner Opfer der Schoa

(4.11.2010) Am Dienstag, 9. November, wird mit einer Namenslesung am Gedenkstein der ehemaligen Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße und mit einer Gedenkstunde im Saal des Alten Rathauses (Durchgang zum Tal) öffentlich an die Münchner Opfer der Schoa erinnert.

Von 15 bis 17 Uhr werden am Gedenkstein der ehemaligen Hauptsynagoge die Namen der im November 1938 ins KZ Dachau verschleppten jüdischen Münchnerinnen und Münchner verlesen. Dr. Andreas Heusler vom Stadtarchiv München hält eine Einleitung. An der Namenslesung nehmen Mitglieder des Arbeitskreises „Die Münchner Polizei im NS-Staat", des Filmteams von „Kick it like Kurt" sowie der Fanvereinigungen „Löwen gegen Rechts" (TSV 1860 München) und „Schickeria" (FC Bayern München) teil.

Zur öffentlichen Gedenkstunde um 18 Uhr im Saal des Alten Rathauses gibt es Ansprachen von Oberbürgermeister Christian Ude und Dr. h. c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern und Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Der Münchner Polizeipräsident Prof. Dr. jur. Wilhelm Schmidbauer spricht über die Rolle der Münchner Polizei in der Pogromnacht, und die Gründungsdirektorin des NS-Dokumentationszentrums Dr. Irmtrud Wojak wird die Ereignisse des 9. November 1938 in München näher beleuchten. Erstmals werden bei dieser Gelegenheit auch Funksprüche und Fernschreiben vom 10. und 11. November 1938 zu hören sein, verlesen von Beamten des Polizeipräsidiums München. Das Quartett des Orchesters Jakobsplatz spielt Werke von Viktor Ullmann (1898 - 1944).
Die Geschehnisse vom 9. November 1938 sind nicht nur für die Münchner Juden von zentraler Bedeutung, sondern für alle Münchnerinnen und Münchner. Propagandaminister Joseph Goebbels setzte an diesem Abend im Saal des Alten Rathauses mit seiner aggressiv antisemitischen Hetzrede das Signal für die „Reichskristallnacht". Von München aus dehnte sich damals der Terror über das gesamte Deutsche Reich aus. Zehntausende Menschen wurden ermordet, gequält oder verhaftet – weil sie Juden waren. Synagogen wurden zerstört, jüdische Friedhöfe verwüstet. Auch Polizei und Feuerwehr beteiligten sich an den Verbrechen, anstatt die Menschen zu beschützen. Auch 72 Jahre später lehrt die Erinnerung an jene Nacht und die Jahre 1933 bis 1945, in welche Katastrophe der Mensch seine Mitmenschen stürzen kann. Anders als Schuld und Scham, die mit den Tätern aus der Welt verschwinden, bleibt diese Erkenntnis als Erbe erhalten. Aus diesem Grund ist es für die Landeshauptstadt München von zentraler Bedeutung, die jungen Generationen aktiv in die Erinnerungsarbeit einzubinden und ihnen zu vermitteln, dass Gedenken kein Selbstzweck ist, sondern bewusst machen soll, dass alle Verantwortung tragen – für die Demokratie, die Freiheit und ein friedliches, respektvolles und gleichberechtigtes Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger.
Das ausführliche Programm zum Tag des Gedenkens an den 9. November 1938 ist unter *www.ikg-muenchen.de* einsehbar. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei.
Veranstalter sind die Arbeitsgruppe „Gedenken an den 9. November 1938", die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern, die Landeshauptstadt München und das NS-Dokumentationszentrum München in Kooperation mit dem Polizeipräsidium München, der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.", dem Stadtarchiv München, dem Bayern-

Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung und der KZ-Gedenkstätte Dachau. Ansprechpartner für Medienvertreter: Aaron Buck, Telefon 20 24 00-1 16, E-Mail: aaron.buck@ikg-m.de.

Ausstellung „9. November 2010 – wir vergessen nicht uns zu erinnern" in der Artothek

(4.11.2010) Im Rahmen der Gedenkveranstaltungen an das Novemberpogrom 1938 ist vom 8. bis 13. November in der Artothek, Bildersaal, Rosental 16, die dreiteilige Installation „9. November 2010 – wir vergessen nicht uns zu erinnern" des Künstlers Georg Soanca-Pollak zu sehen.
Unter dem Titel „Auseinandersetzung zwischen dem nicht Sichtbaren und dem Sichtbaren" zeigt der Künstler fünf Fotos von dem 2005 eröffneten Berliner Holocaust-Denkmal von Peter Eisenman. Es erinnert an die 6.000.000 jüdischen Opfer des Holocaust. Auf jedem Ausschnitt ist ein Stück Himmel zu sehen, der für den Künstler gleichsam ein Symbol, ein stummer Zeuge des begangenen Unrechts ist. Störende Details wie angrenzende Häuser oder Werbeausschnitte wurden mit schwarzer Tusche übermalt. Eine Reihe von vier weiteren Fotos unter dem Titel „Auseinandersetzung zwischen Trauer und Freude" zeigt die KZ-Gedenkstätte Dachau. In den zwölf Jahren seines Bestehens waren hier und in zahlreichen Außenlagern über 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. 41.500 Menschen wurden ermordet. Für die Installation „Auseinandersetzung zwischen dem Nicht Fassbaren und dem Fassbaren" ist in der Mitte des Raums ein Tisch aus grauen geöffneten Stülpschachteln, wie man sie zur Archivierung verwendet, aufgebaut. In einigen Schachteln liegen Portraits aus dem Gedenkbuch der ermordeten Münchner Juden. Es sind 4.596 Umschläge mit Biografien. Die Opfer bekommen ein Gesicht. Andere Schachteln enthalten graue DIN A4-Umschläge, auf denen „wir vergessen nicht uns zu erinnern" aufgestempelt ist. Während der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten sind viele Briefe mit dem Vermerk „Adressat unbekannt" zurück gekommen. Die Empfänger waren deportiert oder bereits gestorben. Die Besucherinnen und Besucher der Ausstellung können sich einen Umschlag auswählen und stellvertretend für die Opfer, die Adressaten von damals, die Briefe mit nach Hause nehmen.
Georg Soanca-Pollak, geboren 1967 in Rumänien, setzt sich seit 1995 mit dem jüdischen Leben in Deutschland vor 1945 auseinander. Seine bekannteste Arbeit ist der „Gang der Erinnerung" für die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern.
Die Ausstellung „9. November 2010 – wir vergessen nicht uns zu erinnern" wird am Montag, 8. November, 18 Uhr, mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutsch-

land und der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Dr. h.c. Charlotte Knobloch eröffnet. Professor Dr. Michael Brenner vom Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität hält eine Einführung zum Thema „Von der Kristallnacht zum Novemberpogrom: Der Wandel des Gedenkens an den 9. November 1938". Anschließend führt die Galeristin Blanca Bernheimer ein Gespräch mit dem Künstler Georg Soanca-Pollak.
„9. November 2010 – wir vergessen nicht uns zu erinnern" ist vom 8. bis 13. November Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 14 Uhr bis 18 Uhr, am Donnerstag von 14 Uhr bis 19.30 Uhr und am Samstag von 9 Uhr bis 13 Uhr in der Artothek (Rosental 16) zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung findet im Rahmen der Veranstaltungen zum „Tag des Gedenkens an den 9. November 1938" statt. Am Dienstag, 9. November, findet dazu um 15 Uhr eine öffentliche Namenslesung am Gedenkstein der ehemaligen Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße sowie um 18 Uhr eine öffentliche Gedenkstunde im Saal des Alten Rathauses statt.
Der „Tag des Gedenkens an den 9. November 1938" wird veranstaltet von der Arbeitsgruppe „Gedenken an den 9. November 1938", der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie der Landeshauptstadt München, Kulturreferat und NS-Dokumentationszentrum München. Nähere Informationen zur Ausstellung sind im Internet unter *www.muenchen.de/artothek*, zum „Tag des Gedenkens" unter *www.ikg-muenchen.de* ersichtlich.

Zukunftsreihe: Mit dem Tourismus geht es aufwärts
(4.11.2010) Trotz der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise boomt der Tourismus in München wie noch nie – und hat auch beste Aussichten für die kommenden Jahre. Dies war das Hauptergebnis der Abendveranstaltung Anfang November über „die Zukunft des Tourismus in unserer Stadt" im Rahmen der Münchner Zukunftsreihe. In seiner Einleitung betonte Oberbürgermeister Christian Ude, dass die Übernachtungszahlen in seiner Amtszeit von weniger als sieben Millionen auf mehr als zehn Millionen gestiegen seien und dass München als Hotel-Standort so begehrt sei, dass gegenwärtig 20 große Hotel-Projekte in Planung oder sogar schon im Bau seien. Die Vorstandsvorsitzende der Deutschen Zentrale für Tourismus, Petra Hedorfer, stellte dem Tourismus in ganz Deutschland ein gutes Zeugnis aus: Deutschland profitiere von seiner zentralen Lage in Europa und von seinen Qualitäten als Urlaubsland. Trotz der zunehmenden Bedeutung der Gäste aus Indien und China mit ihren beachtlichen Zuwachsraten dürfe man nicht übersehen, dass 77 Prozent der Touristen in Deutschland aus europäischen Ländern kämen.

Der Unternehmensberater Dr. Manfred Zeiner (dwif-Consulting GmbH) wies neben den häufiger genannten Faktoren der Münchner Attraktivität ausdrücklich auf den Einzelhandel hin, der 46 Prozent des durch Tourismus ausgelösten Umsatzes mache. Damit sei der Einzelhandel nicht nur einer der großen Magnete, sondern auch einer der größten Profiteure des Tourismus. Besonders lobten Petra Hedorfer und Dr. Zeiner die durch Qualitätsstudien nachgewiesene Freundlichkeit des Münchner Service-Personals in Hotellerie und Gastronomie. Nachdrücklich empfahl der Berater, mit großen Events das Stadtmarketing zu unterstützen und den Messebesuchern eine gesamtstädtische Willkommenskultur zu bieten. Eindringlich warnte er vor Mehrbelastungen der Branche, die schnell zu Abwanderungen von Besucherströmen führen könnten.
Ausnahmslos waren sich alle Gesprächspartner auf dem Podium wie auch im vollbesetzten Großen Sitzungssaal des Rathauses einig, dass ein Großereignis, das jahrelang die internationale Aufmerksamkeit auf München ziehe und die Kräfte der Stadtgesellschaft bündele, wie die Durchführung von Olympischen Winterspielen 2018 „das Beste ist, was dem Tourismus in der Stadt passieren kann".
Tourismus-Direktorin Dr. Gabriele Weishäupl unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung der Branche mit 6,4 Milliarden Euro touristisch bedingtem Umsatz und 70.000 Arbeitsplätzen, was einem Anteil von rund 7,6 Prozent des gesamten Arbeitsmarktes der Landeshauptstadt entspreche. Zur Frage des Oberbürgermeisters, ob angesichts des harten Preiskampfes in „stillen Zeiten" des Jahres wirklich noch 20 und mehr zusätzliche Großhotels verkraftet werden könnten, meinte der stellvertretende Vorsitzende des Hotel- und Gaststättenverbandes München, Martin Stürzer, weitere Projekte würden ihm tatsächlich Sorgen bereiten. Der OB sagte zu, die Stadt werde dort, wo sie Einfluss auf die Nutzung nehmen könne, beispielsweise bei Grundstücksverkäufen oder bei Umbauten in denkmalgeschützten Gebäuden, sorgfältig mit der Bedarfsfrage umgehen.
Wolfgang Fischer, Geschäftsführer des Vereins „CityPartnerMünchen e.V." sah einen „Münchner Handlungsbedarf" vor allem bei der Präsenz in Social Media-Netzwerken wie Facebook und Twitter und dem eigenen Internet-Auftritt der Stadt. Fischer regte an, nach dem Vorbild von Hamburg und Wien die touristischen Akteure in die Fortschreibung des Marketing-Konzeptes einzubinden. Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dieter Reiter, sagte die Einbeziehung zu, betonte aber auch, dass Public Private Partnership nicht bedeuten könne, dass die öffentliche Hand allein bezahle und die private Seite entscheide. Wolfgang Fischer stellte in Aussicht, dass sich die Wirtschaft, wenn sie an der Erstellung des Konzeptes mitwirken könne, sich bei der Finanzierung nicht verweigern werde.

Zukunftsreihe: München forscht – mit Erfolg

(4.11.2010) Mit den Risiken und Chancen als Forschungsstandort befasste sich die „Münchner Zukunftsreihe" Ende Oktober im Ehrensaal des Deutschen Museums. Dessen Generaldirektor Professor Dr. Wolfgang M. Heckl gab einleitend einen Überblick über die Forschungseinrichtungen, die hier beheimatet sind und meinte, „dass München gut aufgestellt ist". Die Frage des Oberbürgermeisters, „ob wir es noch zu Lebzeiten mitbekommen dürfen, dass die Medien über die Arbeit von Nobelpreisträgern so ausführlich berichten wie über die Arbeit von Promi-Friseuren, Star-Barkeepern und Fernseh-Köchen", antwortete der Ressortleiter „Wissen" der „Süddeutschen Zeitung", Dr. Patrick Illinger, viele Wissenschaftler seien gar nicht an öffentlichen Auftritten interessiert, worauf Heckl einwarf, die Medien hätten auch „eine Holschuld".

Professor Dr. Ernst Ludwig Winnacker, ehemaliger Generalsekretär des European Research Council und jetziger Generalsekretär der Human Frontier Science Program Organization (HFSPO), beklagte, dass die deutschen Forschungsstädte „nicht international genug" seien. An der Züricher Universität in der Schweiz seien 60 Prozent der Professoren Ausländer, in Deutschland nur drei Prozent. Dies im Sinne weltweiter Kooperationen zu ändern, sei aber Aufgabe der Berufungspolitik der Hochschulen. An die Kommune richtete Professor Winnacker aber auch konkrete Erwartungen: „Die Bedingungen für Frauen in der Wissenschaft sind nicht gut. Familie und Beruf sind in Deutschland schwerer zu vereinbaren als etwa in Frankreich, wo es fast an jeder Ecke eine Kinderkrippe oder eine Ganztagsschule gibt. Hier hat Deutschland und ganz sicher auch München einen beachtlichen Nachholbedarf."

Dr. Ludwig Kronthaler, Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft, lobte zwar, dass in München der „wissenschaftliche Nucleus und die Wohlfühlstadt" schon vorhanden seien und weitere Wissenschaftler anziehen könnten („Forscher gehen immer dort hin, wo die Forschung schon boomt"), machte aber Defizite im Wohnungsangebot aus: „Die hohen Immobilienpreise verdrängen die öffentliche Wissenschaft und die dringend benötigten Fachkräfte." Außerdem bemängelte Dr. Kronthaler, dass München noch kein Semesterticket anbieten könne, was Oberbürgermeister Christian Ude aber darauf zurückführte, dass der letzte Vorschlag von der Studentenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität abgelehnt worden sei und dass der Freistaat einen Finanzierungsbeitrag ablehne, während Nordrhein-Westfalen zur Ermöglichung landesweiter attraktiver Semestertikkets 21 Millionen Euro pro Jahr beisteuere.

Von sämtlichen Teilnehmern wurde die Planung einer U-Bahn-Verlängerung nach Martinsried begrüßt. Professor Winnacker regte an, die Bahnhöfe

dieser Linie, für die Landrätin Johanna Rumschöttl den Namen „brain-train“ vorgeschlagen hat, mit Hinweisen auf die Forschungseinrichtungen an der Strecke von den Instituten in Garching über die Ludwig-Maximilians-Universität und die Max-Planck-Gesellschaft bis zum Klinikum Großhadern und der Gentechnik in Martinsried auszustatten, „so dass die Präsenz und Bedeutung der Forschungen für die Stadt allen Fahrgästen bewusst wird“.
Eine überraschend große Rolle spielten Fragen des Ausländerrechts. Dr. Kronthaler wünschte einen speziellen Service im Ausländeramt für Wissenschaftler und Forscher, die eigens eingeladen worden sind, in München zu wirken. Professor Heckl rügte, dass ausländische Abschlüsse nicht schnell und großzügig genug anerkannt würden und dass bestens integrierte junge Wissenschaftler nach ihrer Promotion Deutschland wieder verlassen müssten, obwohl es ein vitales Interesse gebe, sie als Mitarbeiter zu behalten.
Die Frage des Diskussionsleiters OB Ude, ob weitere Verlegungen von Instituten ins Umland wünschenswert seien, wurde unterschiedlich beantwortet: Professor Winnacker meinte, manches Institut könne wegen seines Raum- und Flächenbedarfs sowie seiner technischen Anlagen nicht in der City bleiben, Wissenschaftsredakteur Dr. Illinger erinnerte daran, dass Garching früher von den Studenten „Terra X“ genannt worden sei und dass gerade die Notwendigkeit des interdisziplinären Austausches dagegen spreche, Forschungseinrichtungen hinauszuverlagern: „Interdisziplinärer Austausch braucht Urbanität.“

Endspurt für den Isar-Plan

(4.11.2010) Nachdem der Stadtrat am 19. Oktober seine Zustimmung zur Ausführung des letzten Bauabschnittes des Isar-Plans gegeben hat, renaturieren die Projektpartner Wasserwirtschaftsamt München und Baureferat der Landeshauptstadt München in den nächsten Monaten die Isar im Bereich nördlich der neuen Weideninsel bis zum Deutschen Museum. Im Vorlauf zu den eigentlichen Baumaßnahmen wurde am Dienstag damit begonnen, im Bereich der Hochwasserwiesen in bestimmten Abständen und Tiefen Schürfgrabungen zur Erkundung möglicher Altlasten, wie zum Beispiel verfüllter Bombentrichter, durchzuführen und Beprobungen vorzunehmen. Da im letzten Bauabschnitt des Isar-Plans für Zwischenlager zur Altlastenentsorgung keine Flächen zur Verfügung stehen und aus Umweltgründen auf Lkw-Transporte zu weiter entfernten Lager-flächen verzichtet wurde, kann das vorgefundene Material erst nach den Probenahmen ausgehoben und fachgerecht entsorgt werden.

Eine verkehrssichere Nutzung während der Bauzeit bis voraussichtlich Juni 2011 ist wegen des massiven Baubetriebes und Lkw-Verkehrs im gesamten Baubereichs nicht möglich. Das Gelände wird deshalb abgesperrt beziehungsweise gekennzeichnet.
Auch im Schlussabschnitt der Isar wird das Flussbett zur Verbesserung des Hochwasserschutzes aufgeweitet. In diesem innerstädtischen Bereich wird das Ostufer mit flachen Böschungen neu gestaltet. Auf der Flusssohle werden dynamische Kiesbänke und Kiesinseln aufgeschüttet. Direkt am Übergang zur Kleinen Isar wird das Ufer treppenförmig gestaltet. Die Besonderheit in diesem Bauabschnitt ist der neue Seitenarm der Isar, der in Zukunft durch das isarnahe Brückenfeld der Reichenbachbrücke führt. Die Kleine Isar wird in Zukunft über diesen oberirdischen Seitenarm mit Wasser versorgt und damit die Durchgängigkeit für Fische hergestellt. Alle Wiesen werden nach der Baumaßnahme wieder begrünt und erhalten artenreiche Gräser- und Kräutermischungen. Die neuen flachen Kiesufer, Wasserwechselzonen und Weidensukzessionsflächen bieten zusätzliche und vielfältige Erholungsmöglichkeiten.
Die Ufersituation am Westufer mit dem wertvollen Baumbestand wird beibehalten. Im Wasser entlang des Westufers werden Unterwasserstrukturen (Störsteine, Steingruppen) eingebracht, um an Stellen der höchsten Fließgeschwindigkeiten den Fischen Strömungsschatten und damit Ruhezonen anzubieten. Durch die Baumaßnahmen wird die Gewässerstruktur und damit die Gewässerökologie verbessert, die biologische Durchgängigkeit wird hergestellt und die Strukturdynamik in der Isar erhöht.
Im Hochwasserbett bleiben während der gesamten Bauzeit die Fuß- und Radwegbeziehungen erhalten. Die Kreuzung mit dem Baustellenverkehr wird in diesem Bauabschnitt durch eine Schranke gesichert.

Ausländerbeiratswahl: Eintragung ins Wählerverzeichnis noch bis 12. November möglich

(4.11.2010) Die Ausländerbeiratswahl des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München findet am 28. November statt. Insgesamt treten 30 Listen bei der Ausländerbeiratswahl an. Sie sind paritätisch mit Frauen und Männern besetzt. 517 Menschen mit Migrationshintergrund aus 58 verschiedenen Ländern kandidieren auf den überwiegend internationalen Listen. Wählen können Ausländerinnen und Ausländer, Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft und Eingebürgerte, sofern sie nicht länger als zwölf Jahre eingebürgert sind (Stichtag: 28. November 1998). Alle Wählerinnen und Wähler müssen am Wahltag 18 Jahre alt sein und seit mindestens sechs Monaten ihren Hauptwohnsitz in München haben (Stichtag:

28. Mai 2010). Wer als Eingebürgerte/Eingebürgerter oder als Doppelstaatlerin/Doppelstaatler wählen möchte, muss sich zuvor ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Dies ist noch bis zum 12. November möglich. Der Antrag ist online auf *www.wahlamt-muenchen.de* erhältlich. Alle weiteren Infos bezüglich der Wahl sind im Internet unter *www.auslaenderbeirat-muenchen.de* und *www.wahlamt-muenchen.de* zu finden.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Perlach
(4.11.2010) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 16 (Ramersdorf - Perlach) am Donnerstag, 18. November, 19 Uhr, in die Mensa des Schulzentrums Nord, Quiddestraße 4, 81735 München, zu einer Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes (Bezirksteil Perlach) ein.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Alexander Reissl, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. Zu Beginn informieren er und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Bezirkssportanlagen
   - Rudolf-Zorn-Straße
   - Bert-Brecht-Allee
2. Baugebiete
   - Carl-Wery-Straße
   - Hochäckerstraße
3. Gewerbegebiet Bayerwaldstraße
4. Verlagerung Kompostieranlage
5. ehemaliges Plett-Zentrum
6. Stand der Planungen für den Hanns-Seidel-Platz
7. Sahli-Sanli-Moschee
8. Neubau Kinder- und Jugendeinrichtung Südpol
9. Fertigstellung Skateranlage etc. im Gefilde

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadt-

rates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de*, regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Fax 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer.

Landeshauptstadt fördert innovative regenerative Energietechniken

(4.11.2010) Innovative Technik mit erneuerbaren Energien im Stadtgebiet unterstützt das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München mit seinem Programm „Best-Practice-Förderung". Die Prämie, mit der maximal 40 Prozent der Kosten bezuschusst werden, ist eine freiwillige Leistung des Referats für Gesundheit und Umwelt im Zuge seiner Klimaschutz-Aktivitäten. Ein Antrag kann jederzeit eingereicht werden. Gefördert werden folgende Bereiche:

- Technische Anlagen in und außerhalb von Gebäuden zur Nutzung regenerativer Energien
- Einsatz erneuerbarer Energien in folgenden Fällen:
  a) optimierte Sanierung von Wohngebäuden
  b) energieeffizienter Gewerbebau
  c) innovative Gebäudekühlung
- Konzepte und technische Planung zum Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden und in Baugebieten

Eine Förderung von Forschung, Entwicklung, Potenzialstudien und Messprogrammen hingegen ist ebenso wenig möglich, wie die finanzielle Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Beratung. Der Antrag kann vor Beginn der Maßnahme jederzeit gestellt werden. Die Auszahlung erfolgt erst nach Abschluss der Arbeiten.

Förderprogramm Energieeinsparung für marktübliche Energiekonzepte

Da sich die „Best-Practice-Förderung“ speziell an Bürgerinnen und Bürger wendet, die modellhafte und innovative Konzepte einsetzen, wird beim Verwenden marktüblicher Energiekonzepte das „Förderprogramm Energieeinsparung“ (FES) empfohlen, das mit der Verabschiedung des Integrierten Handlungsprogramms Klimaschutz (IHKM) durch den Stadtrat um vier auf 14 Millionen Euro jährlich aufgestockt wurde. Ziel des FES: An Gebäuden und in Wohnungen in München sollen möglichst große Energiespareffekte erzielt werden. Wer ein Gebäude baut oder saniert, kann sich mit dem FES neben der einmaligen Förderung auch langfristig finanzielle Vorteile verschaffen. Steht doch die Einsparung von Energie im Vordergrund. So können sich Münchnerinnen und Münchner ein Stück weit unabhängig von steigenden Strom- und Gaspreisen machen, etwa durch Solarenergie oder Kraft-Wärme-Kopplung, und zugleich einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das FES richtet sich an Gebäude- oder Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer, Betreiberinnen und Betreiber einer Anlage (zum Beispiel Dienstleistungsunternehmen im Energiebereich oder Wärmelieferanten/ Contractoren) und Bauträger. Auch die mit der Planung und Ausführung beauftragten Personen und Unternehmen wie Architekturbüros oder Handwerksbetriebe können einen Antrag einreichen und Zuschüsse abrufen. Weitere Infos sowie die Antragsformulare und Richtlinien für die „Best-Practice-Förderung“ und das „Förderprogramm Energieeinsparung“ sind erhältlich im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10 (Öffnungszeiten: Montag bis Samstag 9 bis 19 Uhr), sowie unter *www.muenchen.de/ bauzentrum*. Das Bauzentrum München bietet auch eine kostenlose 30-minütige Beratung zum FES sowie eine Beratung zu den Themen Bauen, Wohnen und Energie an. Termine werden telefonisch unter 50 50 85 vergeben.

Geänderte Öffnungszeiten im Amt für Ausbildungsförderung

(4.11.2010) Das Amt für Ausbildungsförderung im Referat für Bildung und Sport in der Schwanthalerstraße 40 ist ab sofort bis voraussichtlich 31. Dezember nur noch am Donnerstag von 9.30 Uhr bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr geöffnet. Am Montag, Mittwoch und Freitag ist das Amt für den Parteiverkehr geschlossen. Die Einschränkung der Öffnungszeiten ist vorübergehend erforderlich, um die Vielzahl von eingereichten Anträge auf BAföG und Meister-BAföG zügig abzuarbeiten. Bürgerinnen und Bürger haben aber jederzeit die Möglichkeit, ihre Anträge per Post, Fax oder E-Mail einzureichen. Weitere Infos unter *www.muenchen.de/afa*

Bußgeldstelle im Referat für Bildung und Sport zieht um

(4.11.2010) Die Bußgeldstelle im Referat für Bildung und Sport zieht am 10. und 11. November von der Schwanthalerstraße 40 in die Blumenstraße 28a um. In dieser Zeit bleibt die Dienststelle geschlossen. Bürgerinnen und Bürger haben aber die Möglichkeit, auch an diesen Tagen ihre Anliegen per Post, Fax oder E-Mail einzureichen. Weitere Informationen im Internet unter *www.muenchen.de/bildung-und-sport*, Stichwort „Dienstleistungen".

Winterdienstbilanz für Mittwoch, 3. November

(4.11.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Mittwoch, 3. November:

Einsatzzahlen:

Personal: - Fahrzeuge: -

Streuguteinsatz:

Salz: - Splitt: -

Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro

Bisherige Bereitschaftstage: 3

Bisherige Einsatztage: -

Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: ***92.375,40 Euro***

Referat für Arbeit und Wirtschaft in eigener Sache

Barrierefreiheit des Oktoberfestes

(4.11.2010) Der Münchner Merkur berichtet in seiner Ausgabe vom 4. November unter der Überschrift „Wiesn soll barrierefrei werden – Behindertenbeirat: Wirtschaftsreferat hat Zusage nicht eingehalten“ über die mangelnde Barrierefreiheit der Jubiläumsfeier 200 Jahre Oktoberfest.
Leider entsteht durch den Artikel des Münchner Merkur der Eindruck, die Belange von behinderten Menschen würden bei der Planung des Oktoberfestes generell nicht berücksichtigt. Dies trifft so nicht zu. Vielmehr besteht zwischen dem Behindertenbeirat, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW), den Beschickern und den Wiesnwirten ein runder Tisch, in dessen Rahmen im Nachgang zur Wiesn Verbesserungsmöglichkeiten gemeinsam besprochen werden. Das RAW bemüht sich um eine weitere Intensivierung dieser Einbindung und wird kontinuierlich und einvernehmlich auf den Abbau von Barrieren auf dem Oktoberfest hinwirken.
Bedauerlicher Weise wurde der Behindertenbeirat jedoch in die Planungen der Jubiläumswiesn auf dem Südteil der Theresienwiese nicht ausreichend eingebunden.
Nach einer Begehung des Festgeländes an den Tagen unmittelbar vor der Eröffnung der Feier reklamierte der Behindertenbeirat gegenüber dem RAW verschiedene Mängel. Diese Mängel wurden daraufhin so schnell, wie dies technisch machbar war, behoben. So wurde zum Beispiel sofort versucht, den Mängeln bei den falsch gelieferten und damit nicht der DIN-Norm entsprechenden Behindertentoiletten durch bauliche Maßnahmen und Hilfsangebote abzuhelfen.
Durch zusätzliche bauliche Maßnahmen wurde sichergestellt, dass die „Panorama Alm“ durch eine Rampe auch für Rollstuhlfahrer erreichbar wurde. Im Tierzelt wurde ein Weg von Rindenmulch freigeräumt und mit Holzboden ausgelegt. Der Weg zum Festzelt wurde mit Schwerlastplatten ausgelegt, so dass der Zugang für Rollstuhlfahrer zum Zelt und zur Behindertentoilette gewährleistet wurde. Diese Nachbesserungen wurden am 27. September vom Behindertenbeirat und der Festleitung vor Ort in Augenschein genommen. Auf Bitten des Behindertenbeirats erhielten Behinderte und ihre Begleiter ab dem 27. September freien Eintritt auf das Festgelände.
Selbstverständlich ist es ein Anliegen des RAW, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 4. November 2010

Bürgerarbeit – jetzt auch in München?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke) vom 24.9.2010

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Ihre Anfrage bezieht sich auf das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 15.07.2010 bundesweit gestartete Modellprojekt Bürgerarbeit. Insgesamt 197 Jobcenter aus allen 16 Bundesländern, darunter auch die Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GmbH (im Folgenden ARGE genannt), haben sich für eine Teilnahme an diesem Projekt beworben und konnten auch berücksichtigt werden. Alle Grundsicherungsstellen, darunter auch die ARGE München, beteiligen sich an der Bürgerarbeit für eine bessere und nachhaltigere Integration von erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt. Im Mittelpunkt steht dabei eine mindestens sechsmonatige intensive Aktivierungsphase, an der in München insgesamt 500 Kundinnen und Kunden der ARGE teilnehmen werden. In dieser Zeit wird mit den Kundinnen und Kunden umfassend gearbeitet, um einen möglichst hohen Anteil der Kundinnen und Kunden durch individuelle und konsequente Aktivierung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Da zur Aktivierung alle Eingliederungsleistungen des SGB II genutzt werden können, gilt auch in der Bürgerarbeit das Prinzip „Fordern und Fördern". Dementsprechend führt die Ablehnung zumutbarer Maßnahmen zur Eingliederung in Arbeit nach dem SGB II oder zumutbarer Bürgerarbeitsplätze ohne wichtigen Grund zu einer Minderung des Arbeitslosengeldes II.

Zu Ihrer Anfrage vom 24.09.2010 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Gibt es die Bürgerarbeit bereits auch in München oder soll die Bürgerarbeit in München umgesetzt werden?

Antwort:
Die ARGE hat als eines von 197 Jobcentern auch den Zuschlag für die Bürgerarbeit bekommen. Projektstart für die Aktivierungsphase war der 15.09.2010.

Frage 2:
Wie viele Bürger sind bzw. wären von der Bürgerarbeit betroffen?

Antwort:
Das Modellprojekt Bürgerarbeit setzt sich aus zwei Phasen zusammen. Zunächst starten in München insgesamt 500 Bewerberinnen und Bewerber mit relativer Marktnähe (Aktivierungs- und Förderprofil) in die mindestens sechsmonatige Aktivierungsphase, in der durch umfassende, intensive und individuelle Beratung, Vermittlungsaktivitäten und Qualifizierung/ Förderung eine erfolgreiche Integration in den ersten Arbeitsmarkt erzielt werden soll. Zusätzlich erfolgt über einen externen Träger die Betreuung von ca. 350 Kundinnen und Kunden mit erhöhtem Unterstützungsbedarf. An die Aktivierungsphase anschließend münden 150 Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer im Zuge der zweiten Phase, sog. Beschäftigungsphase, in einen sozial orientierten und gemeinnützigen Bürgerarbeitsplatz ein.

Frage 3:
In welchen Bereichen sollen die „Bürgerarbeiter" tätig werden?

Antwort:
Die 150 Bürgerarbeitsplätze müssen im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich und wettbewerbsneutral sein. Die Stellen sollen in allen Bereichen möglich sein, die diese Voraussetzungen erfüllen. Vorgesehen sind in München die freien Wohlfahrtsverbände.

Frage 4:
Wie bewertet die LH München die Bürgerarbeit politisch?

Antwort:
Die Landeshauptstadt München sieht die Bürgerarbeit als ein weiteres wichtiges Instrument zur Integration der arbeitslosen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Ziel ist auch hier die umfassende Unterstützung und individuelle Betreuung der Langzeitarbeitslosen, damit diese auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wieder eine Beschäftigung finden können.

Frage 5:
Welches Ziel verbindet die LH München mit der Bürgerarbeit?

Antwort:
Das Ziel ist immer die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Sollte dies in der sechsmonatigen Aktivierungsphase nicht gelingen, stehen in München

150 Bürgerarbeitsplätze zur Verfügung. Diese sind auf drei Jahre befristet. Auch während der Tätigkeit auf einem Bürgerarbeitsplatz wird seitens der ARGE weiter mit den Kundinnen und Kunden gearbeitet. Es erfolgen ein begleitendes Coaching und konsequente Vermittlungsaktivitäten. Daher beträgt die Arbeitszeit eines Bürgerarbeitsplatzes nur 20 oder 30 Wochenstunden und ermöglicht eine Bewerbung aus einem aktiven Arbeitsverhältnis heraus.

Frage 6:
Wird der Stadtrat in die Entscheidungen zur Umsetzung der Bürgerarbeit eingebunden?

Antwort:
Das Projekt Bürgerarbeit bei der ARGE für Beschäftigung München GmbH wird dem Stadtrat in der ersten Jahreshälfte 2011 im Rahmen eines Stadtratsbeschlusses vorgestellt.

Frage 7:
Wie werden die Bürgerarbeiter entlohnt?

Antwort:
Die geplante Entlohnung beträgt für 30 Wochenstunden 1.080 Euro brutto, für 20 Wochenstunden 720 Euro brutto.
Besteht ein Tarif- oder Mindestlohn, so muss dieser angewendet werden.

Frage 8:
Sind sie sozialversicherungspflichtig?

Antwort:
Die Beschäftigung entspricht einem befristeten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis ohne Arbeitslosenversicherung.

Frage 9:
Welche Lebenshaltungskosten und anderen Kosten müssen sie von ihrem Lohn selbst tragen (Miete, Rente etc.)?

Antwort:
Vom Bruttoarbeitsentgelt werden die üblichen Steuern und Sozialversicherungsabgaben (ohne Arbeitslosenversicherung) abgezogen. Aus dem Nettoeinkommen bestreitet die Bürgerarbeiterin/der Bürgerarbeiter seinen Lebensunterhalt und die Kosten der Unterkunft. Reicht das Nettoentgelt

dazu nicht aus, erhält sie/er – unter Anrechnung der Einkommensfreibeträge – aufzahlende Leistungen der ARGE. Der Bürgerarbeiterin/dem Bürgerarbeiter steht also mehr Geld zur Verfügung als ohne Bürgerarbeit.

Frage 10:
Wie sollen Existenz und Menschenwürde der „Bürgerarbeiter" in Anbetracht der hohen Mieten und Lebenshaltungskosten (gerade in München) gewährleistet werden?

Antwort:
Ziel der Bürgerarbeit ist immer die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Sollte dies innerhalb der sechsmonatigen Aktivierungsphase nicht gelingen, steht in der anschließenden Beschäftigungsphase ein Bürgerarbeitsplatz zur Verfügung. Wie bereits in Frage neun beantwortet, stehen – falls das Einkommen aus dem Bürgerarbeitsplatz nicht zur Deckung des Bedarfs ausreicht – weiterhin die aufzahlenden Leistungen der ARGE zur Verfügung. Statt einer immer größer werdenden Lücke im Lebenslauf bietet die Bürgerarbeit ein Ende der Isolation, eine sinnvolle Tätigkeit und eine finanzielle Besserstellung durch den Einkommensfreibetrag und soll Chancen für eine Integration in der Zukunft eröffnen.

Fazit:
Die ARGE München sieht die Bürgerarbeit als ein wichtiges Instrument von vielen, um Menschen auf ihrem Weg in den ersten Arbeitsmarkt entsprechend ihren Kenntnissen und Fähigkeiten umfassend, intensiv und individuell zu unterstützen und zu begleiten. Durch diese intensive Betreuung auch während der Beschäftigungsphase der Bürgerarbeit werden den betroffenen Personen erneut Chancen geboten, in einem regulären Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 4. November 2010

Kinderlärm ist keine Belastung – Willkommener Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Gesellschafterbeschlüsse städtischer Gesellschaften dem Stadtrat veröffentlichen!
Antrag Stadtrat Tobias Weiß (CSU)

München klärt wirksam über den Linksextremismus auf – her mit der „Fachstelle gegen Linksextremismus"!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Politisch motivierte Kriminalität in München im Jahr 2009
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus Marienplatz
80331 München

Antrag
04.11.10

Kinderlärm ist keine Belastung –
Willkommener Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung

1. Dem Stadtrat werden die Struktur und Inhalte sowie daraus ableitbare Wirkungen des neuen Entwurfs der Bayerischen Staatsregierung zum Gesetz über Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen dargestellt.

2. Die Landeshauptstadt München nutzt die Phase der Verbandsanhörung und bringt ihre spezifische Problemsicht durch eine schriftliche Stellungnahme in das Gesetzgebungsverfahren ein.

Begründung:

Mit dem Entwurf des bundesweit ersten Gesetzes über Anforderungen an den Lärmschutz bei Kinder- und Jugendspieleinrichtungen hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit auf eine jahrelang umstrittene Diskussion zukunftsweisend im Sinne der Familien reagiert.

Die soziale Angemessenheit von Kinderlärm und die Berücksichtigung bei der Bebauungsplanung ist gerade in der Landeshauptstadt München mit ihrer hochverdichteten Wohnbebauung von wesentlicher Bedeutung.

Nach unserer Auffassung sollte sich die Landeshauptstadt München deshalb aktiv in das Verfahren einbringen und dem Ministerium in einer schriftlichen Stellungnahme die vielfältigen Erfahrungen, die bereits gemacht wurden, darzustellen.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

CSU-Stadtratsfratkion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Tobias Weiß

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Marienplatz 8
80331 München

ANTRAG
04.11.10

Gesellschafterbeschlüsse städtischer Gesellschaften dem Stadtrat veröffentlichen!

Unterlagen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen privatrechtlicher Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt München beteiligt ist, werden dem Stadtrat bekanntgegeben.

Begründung:

Die bayerische Gemeindeordnung regelt die Alleinvertretung des Oberbürgermeisters in den Gesellschafterversammlungen privatrechtlich organisierter Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt München beteiligt ist.

Gleichzeitig besteht aber ein grundlegendes Informationsinteresse des Stadtrats über die wirtschaftliche Situation sowie strategische Ausrichtung der städtischen Gesellschaften, die über eine Berichterstattung von Kennzahlen im Rahmen von Beteiligungsberichten deutlich hinaus gehen. Dieses Informationsinteresse des ehrenamtlichen Stadtrats muss durch eine breite Information aus den Gesellschafterversammlungen befriedigt werden.

gez.
Tobias Weiß
Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
04.11.2010

**München klärt wirksam über den Linksextremismus auf –
her mit der „Fachstelle gegen Linksextremismus“!**

Ich beantrage:

1. Die Stadt München richtet – zweckmäßigerweise beim Büro des Oberbürgermeisters – eine „Fachstelle gegen Linksextremismus“ ein, die künftig die Stadt über linksextremistische Aktivitäten in München informiert, den Oberbürgermeister bei der Beobachtung und Analyse linksextremer Aktivitäten in der bayerischen Landeshauptstadt unterstützt, die städtischen Aktivitäten bei der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus koordiniert und die Stadt München in Fragen des Linksextremismus auf kommunaler, Landes-, Bundes- und auf internationaler Ebene vertritt.

2. Die Fachstelle wird mit zunächst einer Vollzeit-Stelle besetzt. Das Direktorium wird mit der Stellenausschreibung beauftragt.

Begründung:

Der gewaltbereite Linksextremismus ist auf dem Vormarsch – bundesweit, aber auch in München. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) legte bereits vor geraumer Zeit eine Studie vor, der zufolge die Zahl linksextremer Straftaten drastisch im Steigen begriffen ist. KFN-Chef Prof. Christian Pfeiffer spezifizierte den Befund der Untersuchung mit den Worten: „Die Täter sind immer jünger, immer betrunkener und bei politisch motivierten Straftaten immer linker.“ Die Zahl der linksextremen Straftaten sei in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Und: die häufigsten Einsätze, bei denen Polizisten Opfer von Gewalt würden, seien Streitfälle in Familien, Einsätze bei Ruhestörungen und bei linken Demonstrationen.

Dieser Befund wird durch Münchner Zahlen erhärtet. Laut Antwort des Kreisverwaltungsreferats auf eine Stadtrats-Anfrage des Antragstellers vom 25.11.2009 („Mehr Gewalt gegen Polizisten – auch in München?“) ist auch in der bayerischen Landes-

b.w.

hauptstadt seit mehreren Jahren ein kontinuierlicher Anstieg der politisch motivierten Kriminalität „links“ (PMK – links) zu verzeichnen, und zwar von 18 Delikten im Jahr 2006 auf 29 im Jahr 2008 (die Vergleichzahlen für politisch motivierte Kriminalität „rechts“ lauten: 0 für das Jahr 2006, 2 – in Worten: zwei – für das Jahr 2008; Quelle: StR-Antrags-Nummer: 08-14 / F 00400, www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=1888651).

Angesichts dieser Entwicklung forderte der Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer schon vor mehreren Monaten: „Es gibt wichtige Bündnisse gegen Rechts. Das wünsche ich mir auch als Bündnis in der Gesellschaft gegen linke Gewalt." (zit. nach: www.bild.de, 26.05.2010)

Die Stadt München hat sich – aus welchen Gründen auch immer – für den umgekehrten Weg entschieden: je weniger „rechtsextremistische“ Vorfälle, umso mehr städtische Bekämpfung des „Rechtsextremismus“. Mittlerweile leistet sich die Stadt den Luxus gleich zweier städtischer bzw. mit städtischen Mitteln finanzierter „Stellen“ gegen „Rechtsextremismus“ – neben der seit Januar 2009 agierenden „Fach- und Informationsstelle Rechtsextremismus“ stellte der Oberbürgermeister erst dieser Tage der Öffentlichkeit die im Rathaus angesiedelte „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ vor; die ins Auge springende Doppelung der Aufgabenstellung war erst jüngst Gegenstand einer Stadtrats-Anfrage („Schon wieder Weihnachten? Braucht München wirklich zwei Stellen gegen ´Rechtsextremismus´?“, StR-Antrags-Nummer: 08-14 / F 00721).

Die hysterisch anmutende Mittelaufstockung gegen „Rechts“ durch die Stadt München mutet umso skurriler an, als sie reale Trends völlig ignoriert: der Münchner OB präsentiert der Öffentlichkeit die hauptberufliche „Nazi-Erschreckerin“ (O-Ton „AZ“, 26.10.2010) just zur gleichen Zeit, als Sicherheitsexperten Europa „an der Schwelle eines neuen Linksterrorismus“ sehen. Die Online-Ausgabe der Tageszeitung „Die Welt“ meldete jüngst: „Mit Sorge beobachten Experten die Revitalisierung dieser gewaltbereiten linken Szene in ganz Europa. Sie spannt Netzwerke über den ganzen Kontinent, in denen auch die deutschen Gruppen aktiv mitarbeiten. (...) Seit dem Jahr 2005 stieg die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten um 20 Prozent auf 6600 an. Insgesamt zählte der Verfassungsschutz in seinem Bericht aus dem vergangenen Jahr 31.600 Mitglieder in linksextremistischen Organisationen. Auch ihre Zahl nimmt seit Jahren kontinuierlich zu (zit. nach: „welt-online“, 03.11.2010). Von einer vergleichbaren „rechten“ Bedrohung wissen die Experten nichts.

Auch in München wird der gewaltbereite Linksextremismus im Schatten einer von Medien und Stadtpolitik beförderten Stimmungsmache „gegen Rechts“ stärker und aggressiver. Erstmals wurden Anfang 2010 auch in München Autos vorsätzlich demoliert – von Linksextremisten. Und erst vor wenigen Tagen mußte der sogenannte „1000 Kreuze“-Gebetszug von Polizeikräften gegen linke Störer und Blockierer geschützt werden.

Wie es die Münchner Stadtpolitik angesichts dieser Entwicklung verantworten kann, auf dem linken Auge vorsätzlich blind zu bleiben und stattdessen immer neue und absurdere Anstrengungen auf den „Kampf gegen Rechts“ zu verwenden, ist nach normalen Maßstäben nicht nachvollziehbar.

Um der Stadt München bei ihrem Kampf gegen extremistische Bestrebungen wenigstens ein Minimum an ausgewogener Tatsachenwahrnehmung zu ermöglichen, wäre die Einrichtung einer städtischen „Fachstelle gegen Linksextremismus“ – analog zur kürzlich ins Leben gerufenen Fachstelle gegen „Rechts“ – das absolute Minimum. Von ihr wird z.B. zu erwarten sein, daß sie Münchner Vermieter wirksam vor Mietern mit linksextremem Hintergrund warnt, Münchner Gastwirte über linksextreme Gäste informiert und den Oberbürgermeister bei der Beobachtung und Analyse linksextremer Aktivitäten in München unterstützt. Abgerundet würde das Stellenprofil durch die regelmäßige Berichterstattung an den Stadtrat und die Erarbeitung einschlägiger Stadtratsvorlagen.

Karl Richter
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
04.11.2010

Politisch motivierte Kriminalität in München im Jahr 2009

Die politisch motivierte Kriminalität (PMK) in München zeigte in den zurückliegenden Jahren signifikante Entwicklungstendenzen: während politisch motivierte Delikte mit linkem Hintergrund zunahmen – von 18 Delikten im Jahr 2006 auf 29 im Jahr 2008 –, stagnierte die PMK „rechts“ auf niedrigem Niveau (nach: Antwort des KVR auf Stadtrats-Anfrage Nr. 08-14 / F 00400, www.ris-muenchen.de/RII2/RII/ris_antrag_dokumente.jsp?risid=1888651). Die Frage nach den Vergleichszahlen für das Jahr 2009 ist naheliegend.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie viele politisch motivierte Straftaten registrierte die Münchner Polizei im Jahr 2009, und zwar
   - mit linkem/linksextremem Hintergrund,
   - mit rechten/rechtsextremem Hintergrund,
   - im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität?

2. Um welche Deliktsarten handelte es sich im wesentlichen (z.B. Propagandadelikte, Widerstand gegen Staatsbeamte, Gewaltdelikte – bitte den unter 1. genannten Rubriken zuordnen!)

Karl Richter
Stadtrat